



NIEDERSCHRIFT

über die 29. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der

Pfalz

am Dienstag, 28.08.2012,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:18



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop



Sarinuto Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

abwesend ab Top 7 ö.S., 19.20 Uhr



Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

Gerhard Blumer

Bernhard Eck

Michael Götz

Stefan Joritz

Christoph Kamplade

Hans-Joachim Malo

Martin Messemer

Michael Niedermeier

Matthias Schmauder

Carina Treitz

Sonstige

Joachim Arbogast

Aydin Tas

Schriftführerin

Stefanie Schuster

Entschuldigt

SPD



Dr. Hans-Jürgen Blinn entschuldigt

Franco Casella entschuldigt

Dott. Francesca Chillemi Jungmann entschuldigt

CDU

Rudi Eichhorn entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Dietrich Herdel entschuldigt

FWG

Hans Volkhardt entschuldigt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informierte der Vorsitzende zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion „Anhörung zur Unterbringung der Polizei“, dass mit Vertretern des Innenministeriums, des LBB und der Polizeidirektion Landau eine Anhörung stattfinden sollte. Am 15. Mai 2012 wurden die genannten Behörden schriftlich zu der heutigen Sitzung eingeladen. Nach und nach haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer abgesagt. Vom Finanzministerium ging eine Abschrift des Briefes an den Abgeordneten Schwarz und an den Staatssekretär Barbaro, indem er das mitteilt, was bereits in der Rheinpfalz zu lesen war. Das Land möchte mit der Stadt Landau Kaufverhandlungen aufnehmen. Es geht um einen Neubau, die Raumbedarfsunterlagen werden erstellt. Spätestens im April 2014 soll ein Nutzungsentgeltangebot durch den Landesbetrieb LBB und die Genehmigung des Ministeriums der Finanzen erfolgen. Voraussichtlicher Baubeginn soll Mitte des Jahres 2016 sein. Mit Blick auf diese Entwicklung wurde im Hauptausschuss vereinbart, die Anhörung heute nicht durchzuführen.

Ratsmitglied Morio hält es für keinen Zufall, dass 3 Wochen vor der geplanten Anhörung Bewegung in die Sache kommt. Daher ist es gut, dass der Rat mit breiter Mehrheit die Anhörung beschlossen hat. Er wies darauf hin, dass der Vorsitzende in der Sitzung des Hauptausschusses die Namen der Akteure und die Begründung der Absage zugesagt hat.

Der Vorsitzende berichtet hierzu:

1. Beschluss im Stadtrat am 08. Mai 2012
2. Schriftliche Einladung zur Anhörung am 15. Mai 2012 an Vertreter des Innenministeriums, des LBB und der Polizeidirektion Landau
3. Am 24. Mai 2012 gab es eine schriftliche Äußerung des Polizeipräsidiums Ludwigshafen, dass derzeit eine Prüfung des Finanzministeriums stattfindet. Hierbei geht es um die beabsichtigte Sanierung und Erweiterung der Bestandsgebäude im Vergleich zu einem Neubau bzw. Nutzung eines alternativen Bestandsgebäudes. Sie sehen aktuell keinen Raum, sich zu der Angelegenheit zu äußern.
4. Am 21. Juni 2012 teilte der LBB schriftlich mit, dass die Projektmanagerin Frau Christine Schulte, Projektleiterin Frau Petra Michael und der Niederlassungsleiter Herr Achim Weber an der Stadtratssitzung teilnehmen. Es wurde bestätigt, dass verschiedene Varianten geprüft werden. Eine der Varianten sei die Aufwertung der bestehenden Polizeidienstgebäude durch entsprechende Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen für welche auch eine Haushaltsgrundlage Bau erstellt wurde.
5. Am 19. Juli 2012 teilte das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur mit, dass der Landesbetrieb LBB für die Unterbringung der Polizei in Landau zuständig ist. Auch werden die Unterbringungsvarianten vom LBB geprüft. Das Ministerium der Finanzen bat die Geschäftsführung des LBB an der Anhörung teilzunehmen.
6. Anschließend kam die schriftliche Äußerung des Personalrates der Polizeidirektion Landau am 06. August 2012. Sie teilten mit, dass die Entscheidung um den Standort Landau gefallen sei. Ein Neubau in der Rheinstraße/Vogesestraße sei vorgesehen. Baubeginn ist lt. Aussage des Finanzministers voraussichtlich Mitte des Jahres 2016.
7. Herr Weber vom LBB teilte am 14. August 2012 mit, dass nach der Presseveröffentlichung und der aktuellen Entwicklung sich sein Beitrag überholt hat und er nicht an einer Anhörung teilnimmt.

Es ist eine wichtige Sache für die Stadt. Man muss für die Polizei in der Stadt und Region eine Unterbringung finden, welche auch taktisch gut gelegen ist. Wenn kein Altbau saniert werden soll, dann ist der Standort in der Rheinstraße ein hervorragender und passt dort hervorragend in die Stadtentwicklung.

Ratsmitglied Lerch zeigt sich verwundert, dass das Innenministerium nach dem Antrag des Stadtrates auf den LBB verwaist und nun mehrere Vertreter dies Aussagen des Ministeriums in der Presse



wiedergeben. Er hält es für keine gute Gepflogenheit, dass die Vertreter des Stadtrates über Dritte, in diesem Fall über die Presse, informiert werden.

Ratsmitglied Marquardt beantragt, dass Tagesordnungspunkt 1 der nichtöffentlichen Sitzung „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Konversion Landau-Süd (Estienne et Foch) – Erhöhung der Ausfallbürgschaft für die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (DSK) – in der öffentlichen Sitzung behandelt wird. Grund ist, dass unter Tagesordnungspunkt 7 der öffentlichen Sitzung „4. Controllingbericht/Sachstandsbericht zur Stadtentwicklung Süd“ behandelt wird und in diesem Bericht wird auf Seite 4 auf die Ausfallbürgschaft der DSK hingewiesen. Daher macht es für die UBFL-Stadtratsfraktion keinen Sinn, wenn dieser Punkt in der nichtöffentlichen Sitzung behandelt wird.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass Bürgschaften grundsätzlich nichtöffentlich zu behandeln sind.

Der Vorsitzende begrüßte ganz herzlich Ratsmitglied Ludwig, welcher nach längerer Abwesenheit durch eine schwere Erkrankung wieder an den Sitzungen teilnimmt.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Umwandlung Fußgängerzone in der Theaterstraße
Vorlage: 101/151/2012
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Prüfung der Beteiligung der Stadt Landau an einer regionalen Energieagentur für den Raum Südpfalz
Vorlage: 100/065/2012
4. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Umwandlung von Pkw-Stellplätzen in Fahrradstellplätze
Vorlage: 100/066/2012
5. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Jahresabschluss 2011
Vorlage: /014/2012
6. 4. Controllingbericht/Sachstandsbericht zur Stadtentwicklung Süd
Vorlage: 200/090/2012
7. Einführung des elektronischen Personenstandsregisters und des Sicherungsregisters
Vorlage: 100/064/2012
8. Änderung der Friedhofssatzung
Vorlage: 300/058/2012
9. Integrationskonzept der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 500/010/2012
10. Teilnahme am "Audit Familiengerechte Kommune"



Vorlage: 510/038/2012

11. Vorhabenbezogener Bebauungsplan ND7 "Photovoltaikanlage" der Stadt Landau in der Pfalz; Satzungsbeschluss
Vorlage: 610/169/2012
12. Erhebung von Teilausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung in der Kirchstraße und Am Kindergarten
Vorlage: 680/047/2012
13. 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung für verschiedene Straßen in Landau in der Pfalz
2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauaufwand
Vorlage: 680/048/2012
14. Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion; Sporthallensituation
15. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Stollowski möchte wissen, ob Landau eine Zeitreise zurück in die Zeit vor der Mülltrennung macht. Er sei Eigentümer einer Wohnung in einem Haus mit 10 Eigentumswohnungen. Durch die gute Mülltrennung, haben sie 3,5 l pro Person und Woche erreicht. Durch das neue System stellte die EWL fast 3 mal so viel schwarze Tonnen auf, als bisher. Auf Nachfrage erklärte man Ihnen, dass sie zu wenig Müll produzieren. Sie müssten 2,66 mal mehr Restmüll produzieren. Auch wenn sie weiterhin so umweltbewusst sortieren, müssten die 200 l mehr berechnete Tonnen trotzdem bezahlt werden. Das Ergebnis für die Eigentümergemeinschaft ist, dass sie für die gute Mülltrennung bestraft werden. Mittlerweile überlege die EWL die überzähligen Tonnen im Bauhof zu lagern. Jedoch unter der Voraussetzung, dass sie auch die leeren Tonnen bezahlen müssen.

Er möchte nun wissen, warum eine geringere Abfallentsorgung, welche schon seit Jahren gewährleistet ist, kein Lob erhält, stattdessen mit zusätzlichen Tonnen belastigt wird. Seine zweite Frage ist, ob umweltbewusstes Verhalten in Landau nicht mehr angestrebt werde. Im Jahr 2011 erklärte Bürgermeister Hirsch, dass derjenige, der weniger Müll produziert auch weniger Gebühren bezahlen muss. Sie in der Klingbachstraße bezahlen jedoch dreimal so viel.

Der Vorsitzende wies nochmals darauf hin, dass es sich bei einer Stadtratssitzung um keine Bürgerdiskussionsveranstaltung handelt. Die Gemeindeordnung sehe eine Fragestunde vor. Das bedeutet, es wird eine kurze Frage gestellt, welche kurz beantwortet wird. Er bat um Verständnis, dass man hier nicht anders vorgehen kann. Im Verwaltungsrat EWL waren ebenfalls schon eine Reihe Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema vertreten. Hier wurde ausführlich diskutiert und auch die Fragen beantwortet.

Bürgermeister Hirsch machte deutlich, dass er in der Verwaltungsratssitzung der EWL ausführlich dargelegt habe, dass die Gegenleistung für die Gebühr der Anschluss an die ordnungsgemäße Abfallentsorgung in der Stadt Landau ist. Der Stadtrat habe sich dafür ausgesprochen, dass es eine rechtskonforme Regelung sein muss, sie gerecht sein soll und soziale Aspekte berücksichtigen werden sollen. Als Grundlage war ein Mindestabnahmevolumen von 10 l vorgegeben. Hierbei handelt es sich um Erfahrungswerte. Man muss es als eine Art Fixkostenbeteiligung an den Abfallgebühren akzeptieren. Insgesamt hat die Stadt die Bürgerinnen und Bürger um 160.000,-- € pro Jahr von den Gebühren entlastet. Es gibt sehr viele, die weniger bezahlen als bisher, da sie die Möglichkeiten nutzen können. Er glaubt, dass es insgesamt eine noch zumutbare Gebühr ist. Sie werden es nicht schaffen, Einzelfallgerechtigkeit bei einer Gebührensatzung herzustellen. Dazu bat er um Verständnis. Dieses Problem haben auch andere, eingebettet in die gesetzlichen Vorgaben, in die Vorgaben der Rechtsprechung und in die tatsächlichen Gegebenheiten. Sie werden versuchen, eine Lösung für das Platzproblem zu finden.

Herr Schad wies auf eine im Jahr 2008 getroffene Vereinbarung hin, welche besagt, dass der Wildwuchs auf dem Lärmschutzwall hinter seinem Geschäft zweimal im Jahr gemäht wird. Dieses wurde in diesem Jahr nicht eingehalten. Er habe mehrfach angemahnt, woraufhin aber nichts geschah. Er möchte nun wissen, warum die Stadt sich nicht an getroffene Vereinbarungen hält.

Der Vorsitzende erinnert sich an die Vereinbarung, kann die Frage im Moment nicht beantworten. Er werde dies prüfen lassen und ihm die Antwort schriftlich zukommen lassen.

Herr Lunkwitz hat zu der Müllentsorgung noch Fragen. Sie hatten ebenfalls 10 Jahre lang eine 120 l Mülltonne und erhielten nun eine 240 l Tonne.

Er möchte verschiedene Fragen vom Stadtrat beantwortet haben:



1. War es eine Idee des Stadtrates, dass ein umweltbewusstes Verhalten mit zusätzlichen Gebühren belegt wird?
2. Ist der Stadtrat bestrebt, durch eine Satzungsänderung diesen Unmut zu beseitigen?
3. Wäre es eine Lösung, dass die EWL in ihrer Satzung eine Wahltonne ermöglicht? Dies würde bedeuten, wenn eine Hausgemeinschaft nach einer bestimmten Zeit feststellt, dass sie weniger Müll produzieren und ihnen eine kleinere Tonne reichen würde, Meldung machen, eine kleinere Tonne erhalten und dann einmal im Jahr oder halbjährlich Kontrollen durch die EWL durchgeführt werden. Sollte bei dieser Kontrolle festgestellt werden, dass sie deutlich mehr Müll produzieren, müsste dann die nächstgrößere Mülltonne genommen werden.

Der Vorsitzende ist der Meinung, dass Bürgermeister Hirsch überzeugend dargelegt hat, dass eine Grundannahme für die Berechnung benötigt wird. Er selbst habe eine 80 l-Tonne, welche zu 70 Prozent leer ist. Man sei Teil einer Solidargemeinschaft und könne nicht erwarten, dass bei einer Satzung, die die ganze Stadt betrifft, auf die individuellen Bedürfnisse Einzelner Rücksicht genommen wird. Im Hauptausschuss werden die eingegangenen Anregungen aufnehmen, diskutieren und dann nochmal überlegen, ob die Satzung angepasst werden kann, soll eben auch nicht.

Herr Dr. Strack hat eine Anfrage zum Artikel „Schnäppchenjäger Kaserne“. Es wurde moniert, dass die Stadt die Gelände zu billig verkauft hätte und immer nur Herr Holch zum Zuge kam. Er möchte wissen, was dagegen spricht, wenn man die 6 oder 7 Gebäude einzeln verkauft und das Grundstück dort partiell verteilt. Wenn die Gebäude einzeln verkauft werden, wären mehr Menschen im Spiel und dadurch wäre ein größerer Geldbetrag möglich.

Der Vorsitzende wird bei Punkt 7 der öffentlichen Sitzung dazu Stellung nehmen. Er machte deutlich, dass eine bundesweite Ausschreibung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Süddeutschen Zeitung, Rheinpfalz und in anderen Zeitungen stattfand. Es war keine Vorschrift, ein Gesamtpaket anzubieten. Die Stadt hätte auch einzelne Objekte verkauft. Es gab jedoch es nur 2 Bewerber.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Umwandlung Fußgängerzone in der Theaterstraße

Ratsmitglied Heuberger erläuterte ausführlich den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion. Bei einer Fußgängerzone handle es sich um einen innerstädtischen Bereich, der für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt ist und den eine starke Fußgängerfrequenz auszeichnet. Die Theaterstraße wurde durch den damaligen Umbau verschönert, in der Hoffnung, durch diese sehr ansprechende Gestaltung, mehr Frequenz in die Straße zu bekommen. In der kleinen Theaterstraße befinden sich 6 ungenutzte Ladenlokale. Sie haben daher durch Eigeninitiative versucht, diesen Bereich stärker zu beleben. Es gibt aber auch Branchen, die Standorte benötigen, die nicht unbedingt reine Fußgängerzonen sind. Aus diesem Grund haben sie ein Gespräch mit den Bewohnern und Geschäftsleuten geführt. Sie möchten einen verkehrsberuhigten Bereich, in dem man hineinfahren und ggfls. durchfahren bzw. an- und abfahren kann. Sie möchten keine Verkehrsstraße, aber sie sind der Meinung, dass die reine Fußgängerzone in diesem Bereich nicht zu dem Ergebnis geführt hat, was sie mit der Einrichtung der Fußgängerzone erreichen wollten. Sie möchten einen Versuch über ein Jahr starten, um zu sehen, wie der Fußgängerverkehr sich entwickelt und ob es ggfls. Branchen gibt, die dann diesen Standort für sich interessant finden und sich dort ansiedeln. Dies wäre für die Belebung der Innenstadt ein Glücksfall.

Der Vorsitzende gab Herrn Heuberger mit der Schilderung der Situation in der Theaterstraße Recht. Allerdings konnte ihm bisher niemand die Frage beantworten, wodurch eine Straße durch die Bewegung eines oder mehrerer Pkw's belebt wird. Parken in der Straße kann er sich nicht vorstellen, da immer vor einem Schaufenster geparkt werden muss. Im Bauausschuss sollte dies ausführlich diskutiert werden. Er befürchtet, wenn sie jetzt dort mit der Umwandlung beginnen, gibt es weitere Diskussionen auch in anderen Teilen der Fußgängerzone.

Für die Steigerung der Attraktivität der Innenstadt gibt es etliche Antworten zu finden. Dies ist nach Meinung von Ratsmitglied Dr. Ingenthron eine zentrale Aufgabe der Stadtpolitik. Es sei begrüßenswert, wenn die Fraktionen Überlegungen anstellen, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Die SPD-Stadtratsfraktion ist der Meinung, dass solche Themen offen diskutiert werden sollen. Sie haben etliche Fragen zu diesem Thema und möchten, dass diese im Fachausschuss diskutiert werden.

Ratsmitglied Schröer wies darauf hin, dass auf kleinen Parkstreifen am Kleinen Platz geparkt werden kann/darf. Aus diesem Grund sehe sie keinen Grund für die Umwandlung. Die Attraktivität der Theaterstraße benötige andere Strategien.

Für Ratsmitglied Freiermuth ist es Fakt, dass die Belebung in der Theaterstraße zu wünschen übrig lässt. Das Streben, die Stadt attraktiv zu machen, sei gegeben. Jedoch habe man erst eine Fußgängerzone errichtet und würde nun mit dem Antrag einen Schritt rückwärtsgehen. Der Antrag sollte geprüft werden. Wichtig wäre, abzuwarten, wie sich der Bereich um den Untertorplatz entwickelt. Derzeitig sollte man keine voreiligen Schlüsse ziehen. Im Fachausschuss sollte über dieses Thema diskutiert werden.

Ratsmitglied Silbernagel berichtete, dass ein Kollege bestätigte, dass Landau sich attraktiv gestaltet habe. Diese Attraktivität sollte man nicht nur für die Gäste sondern auch für die Geschäftsleute auch erhalten. Auch die Geschäftsleute sollen den Magnet in Landau sehen. Vor Jahren war es gut, dass man die Theaterstraße zu einer Fußgängerzone umwandelte. Man habe nun seine Erfahrung gezogen, die Umwelt habe sich verändert und vielleicht sei es an der Zeit, wieder umzukehren. Warum sollte man hier nicht einen weiteren Einschnitt wagen und ausprobieren. Er wies abschließend noch auf die Meerweibchenstraße hin, welche sich auch bewährt hat.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion diesem Antrag nicht positiv gegenüber steht. Die Autos wieder hereinzuziehen, den Gestank und die Gefahr hält sie für keinen guten Ansatz. Sie erinnerte an das Vermächtnis der Menschen, welche dort wohnen und für die



Errichtung der Fußgängerzone bezahlt haben. Hier initiativ zu werden, sehe sie auch, aber nicht durch mehr Verkehr.

Der Vorsitzende bedankte sich für die interessante Runde und die positive Diskussion. Die Dinge sollten unideologisch auf den Tisch gelegt und abgewägt werden und danach möglichst gemeinsam nach Lösungen suchen.

Ratsmitglied Heuberger machte nochmals deutlich, dass Zielsetzung die Belebung der Theaterstraße für den Antrag war. Sie sind offen und machen gerne bei sinnvollen Vorschlägen zur Steigerung der Attraktivität mit. Er bat noch um Prüfung, ob es eine Zweckbindung der Anliegerbeiträge und Zweckbindungsfrist gibt und ob mit eventuellen Städtebauförderungsmitteln zu rechnen sei.

Der Stadtrat stimmte einstimmig zur Überleitung an den Bauausschuss im Oktober 2012 zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Prüfung der Beteiligung der Stadt Landau an einer regionalen Energieagentur für den Raum Südpfalz

Der Vorsitzende informierte über den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 12. Juli 2012 und gab das Wort an Ratsmitglied Dr. Ingenthron.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erläuterte ausführlich den Antrag. Die Energiewende sei eine Zukunftsaufgabe, der man sich jetzt stellen sollte. Sie teilen die Auffassung, dass die Energiewende eine regionale und lokale Aufgabe ist und viele Chancen bietet. Diese Chancen sollte man ergreifen. Eine dieser Chancen sei die Form einer Energieagentur Rheinland-Pfalz. Diese werde vom Land finanziert und erhalte eine personelle Besetzung. Es handelt sich hier um eine Börseneinrichtung, welche berät und vernetzt. Gerade im Zusammenhang mit der Energiewende gibt es unzählige Fragen zu beantworten und Probleme zu lösen. Man sollte die Initiative ergreifen und Gespräche mit anderen Gebietskörperschaften, der Landesregierung, Vereinen und Verbänden führen. Ziel sollte sein, auszuloten, welche Möglichkeiten es gibt, dass eine solche Agentur in Landau auch angesiedelt wird. Sie könnte z.B. in Verbindung mit einem Verband oder bei der Universität angesiedelt werden. Er bat die Ratsmitglieder um Abstimmung, dass die Verwaltung dies vorbereitet und entsprechende Gespräche führt. Anschließend sollen die Ratsmitglieder sich dann in den Fachausschüssen mit diesem Thema näher beschäftigen. Hierzu sollte eine Einladung an den Geschäftsführer des Landesenergieagentur Rheinland-Pfalz, Herrn Rechenbach ausgesprochen werden.

Der Vorsitzende erklärte, dass der Prüfantrag an die Verwaltung weitergegeben und anschließend im Hauptausschuss beraten wird. Er merkte an, dass die Stadt in dieser Hinsicht schon sehr viel umgesetzt habe. Es fehle nicht an Erkenntnisgewinn. Es handele sich vielmehr um ein Umsetzungsproblem mit den Haushaltsmitteln. Generell sollte der Antrag sorgsam mit allen Pro- und Kontrapunkten geprüft werden. Für ihn wird ausschlaggebend sein, ob Kosten auf die Stadt Landau zukommen.

Ratsmitglied Morio stimmte dem Prüfantrag zu, wenn die Prüfung für die Verwaltung nicht zu aufwendig ist. Eine Energieagentur sei ein guter Ansatz, eine gute Hilfe und im Sinne der Energiewende. Mit einer Energieagentur in unserem Bereich, könnte es gelingen, die Energiewende in Landau und Umgebung voran zu bringen. Sie teilen die Einschätzung der Verwaltung, dass die Finanzierung einer kommunalen Energieagentur auf Dauer gesichert sein muss. Es könne nicht sein kann, dass sich Bund und Land nach kurzer Zeit zu Lasten der Kommune aus der Finanzierung zurückziehe. Er gab außerdem zu bedenken, dass bereits verschiedene Agenturen in diesem Bereich in der Region tätig sind. Es existiere bereits die Energieagentur Speyer/Neustadt/Südpfalz, bei welcher die Stadt Landau auch Mitglied sei. Diese Organisation leiste seit Jahren hervorragende Arbeit. Die Gründung einer neuen Energieagentur berge daher die Gefahr, dass man sich verzettelt und man gegeneinander arbeitet. Für die Bevölkerung und den Ratsuchenden müsse das Angebot überschaubar sein. Es sei daher auch zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, vorhandene Strukturen zu berücksichtigen und diese Strukturen so zu fördern, dass das bestehende Angebot ausgeweitet werden kann.

Die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Prüfauftrag zustimmen.

Ratsmitglied Schröer ist der Meinung, dass eine Ansiedlung in Landau sinnvoll sei, gerade weil Landau eine Umweltuniversität habe. Es wurden schon sehr gute Projekte auf den Weg gebracht. Im Hinblick auf die Stadtholding könne man sehen, wie weit Landau schon in neuen Bahnen im Bereich der Energieeinsparung sei. Hier sei man federführend und könnte gute Impulse geben. Zu bedenken gab sie, dass das Wirtschaftsministerium noch nicht so weit sei und keine endgültigen Fakten hat, um anfangen zu können. Sie bat um einen langen Zeitfokus, bis die Planungen auf einem Stand sind und dann die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen für sich entscheiden kann. Dem Prüfauftrag stimmen sie zu.



Für Ratsmitglied Freiermuth spielt der Kostenfaktor eine wichtige Rolle. Sie geben zu bedenken, dass durch die Energieagentur eine weitere Ebene aufgemacht werde, welche zu bezahlen sei. Obwohl die Finanzierung beim Land liege, sollte man nicht vergessen, dass es sich auch hier um Steuergelder der Bürger handelt. Einem Prüfauftrag stimmt die FWG-Stadtratsfraktion zu.

Ratsmitglied Silbernagel sprach sich nicht gegen einen Prüfauftrag aus. Allerdings stelle sich gleichzeitig die Frage, wie lange sie Zeit für eine Entscheidung haben. Die Finanzierung muss schriftlich abgesichert sein. Tatsache sei auch, dass es sich um eine freiwillige Leistung handelt und die ADD werde sicherlich genau darauf schauen, ob die Stadt sich so etwas leisten kann. Er möchte eine verlässliche schriftliche Antwort hierzu.

Ratsmitglied Marquardt wird dem Prüfauftrag ebenfalls zustimmen. Interessant wäre noch, wenn man die Tätigkeit auch für Privatpersonen erweitern könnte.

Beigeordneter Klemm hält den Prüfauftrag grundsätzlich für positiv. Man sollte jedoch nichts überstürzen, da sich bereits verschiedene Akteure auf dem Markt befinden. Die Stadt selbst sei mit dem Energiemanager in diesem Bereich tätig. Bei der Metropolregion gäbe es die Energieeffizienzagentur, mit welcher schon verschiedene Projekte durchgeführt wurden. Es sollte nicht nur die finanzielle Auswirkung geprüft werden, sondern auch die Möglichkeit, eine bestehende Agentur durch Unterstützung zu erweitern.

Der Stadtrat stimmte einstimmig zu, dass der Prüfauftrag an die Verwaltung übergeben wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Umwandlung von Pkw-Stellplätzen in Fahrradstellplätze

Ratsmitglied Brunner erläuterte den Antrag. In der Sitzung des Arbeitskreises Verkehr konnten sie den Antrag schon andiskutieren. Die Hochschulgruppen suchen verzweifelt Platz, wo sie ihre Fahrräder abstellen können. Sie gehe davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Studentinnen und Studenten, welche mit dem Fahrrad kommen, auch in Landau oder den Ortsteilen wohnen und insofern sollte man ihnen auch einen Gefallen tun. Da die Pkw-Stellplätze in der Fortstraße nicht genutzt werden, sei die Umwandlung kostenneutral. Sie bat um Prüfung, ob die Mittel aus dem Fahrradwegetopf genommen werden können. Andernfalls müssen sich selbst um Sponsoren kümmern.

Ratsmitglied Scharhag begrüßte den Vorschlag. Jedoch sind sie der Meinung, dass zuerst die Universität gefordert sei, für ihre Studenten entsprechende Fahrradparkmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Es bestehe durchaus die Möglichkeit auf dem Parkplatz der Universität Fahrradparkplätze zu schaffen. Dies wäre aber von der Universität zu veranlassen. Aus diesem Grund sollte der Antrag im Bauausschuss behandelt werden. Auch sollte abgewartet werden, was die Universität macht. Denkbare Lösungen von der Stadt gibt es sicherlich einige. Es muss jedoch eine vernünftige Lösung gefunden werden, ansonsten ergibt sich eine Situation wie die am Bahnhof. Die SPD-Stadtratsfraktion ist der Meinung, dass zuerst die Universität gefordert ist. Danach könnte die Stadt etwas nachlegen. Man sollte über den Antrag heute nicht abstimmen und ihn in den Bauausschuss verweisen.

Ratsmitglied Lerch begrüßte die Initiative nachhaltig. Den Vorschlag hingegen halte die CDU-Stadtratsfraktion für nicht praktikabel. Außerdem sei der Fahrradplatz ein ganzes Stück vom Universitätsgelände entfernt. Sie sind der Meinung, dass zuerst auf dem Universitätsgelände die Möglichkeiten geprüft werden sollten. Auf dem Parkplatz der Universität gäbe es einige freie Flächen, die man nutzen könnte. Dies wäre ein Thema, welches man im Rat der Universität diskutieren sollte. Danach könnte im Bauausschuss berichtet werden.

Ratsmitglied Freiermuth ist der Meinung, dass hierzu auf alle Fälle die Universität mit ins Boot genommen werden müsste.

Ratsmitglied Silbernagel schließt sich den Vorrednern an. Fahrradfahrer sollten so weit wie möglich an der Universität parken können. Im Arbeitskreis Verkehr haben sie 2 Optionen erarbeitet, welche sie an Herrn Lis von der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung weitergeleitet haben. In der Sitzung mit dem Rat der Universität soll dies diskutiert werden.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstützt den Antrag vorbehaltlos. Sie war etwas über die Diskussion verwundert, das Thema an den Rat der Universität zurück zu geben, da dieses dort schon besprochen wurde. Man sollte es nicht zu kompliziert machen, da es sich um eine kleine Maßnahme handelt. Als Stadt sollte man ein gutes Signal geben und sollte insofern die Maßnahme durchführen.

Ratsmitglied Schwarzmüller wies darauf hin, dass es sich hier um eine Initiative der Studenten handelt. Sie hält die Diskussion für unnötig.

Ratsmitglied Ludwig informierte, dass Herrn Lis im Arbeitskreis Verkehr beauftragt wurde, Kontakt mit der Universität aufzunehmen und das Thema zu besprechen. Anschließend wird er in der nächsten Bauausschusssitzung berichten.

Der Stadtrat stimmte einstimmig zu, den Antrag in den Bauausschuss zu geben.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Jahresabschluss 2011

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Sitzungsvorlage des Aufsichtsrates Stadtholding vom 27. Juni 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Kopf berichtete, dass die Aufsichtsratsmitglieder gebannt auf die Entwicklung der Einnahmesituation schauen. Sie hoffen, dass die Gewinne bei der Südwest Energie AG weiterhin stabil bleiben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtholding leisten gute Arbeit. Die Stadtholding wurde gegründet, um Umsatzverluste dort anzusetzen. Bei neuen Verlusten muss genau geprüft werden, ob es Sinn mache, diese bei der Stadtholding anzusetzen. Aus Sicht der Stadt habe es Sinn gemacht, als es darum ging, das Freibad zu retten und es unter die Regie der Stadtholding zu geben. Ebenso beim Auf- und Ausbau der Kindertagesstätten. Erfreulich sei es auch, dass die SH-Service GmbH als Tochtergesellschaft sich gut entwickelt habe. Kritisch zu beobachten sei die Entwicklung im La Ola, da im Bereich des Kommunalen Entschuldungsfonds entsprechende Einrichtungen in den Blick genommen wurden. Ebenso sei auch die Auslastungssituation der Festhalle zu sehen.

Ratsmitglied Kautzmann ergänzte, dass die Stadtholding für Landau ein Glücksfall sei. Er ist der Meinung, über den wichtigen Abschluss mit der Energie Südwest wurde die Grundlage dafür geschaffen, dass die Stadtholding so erfolgreich arbeiten könne, wie sie arbeitet. Hinzu komme, dass sehr professionell unter der Regie von Bürgermeister Hirsch gearbeitet werde und die Mitarbeiter exzellente Arbeit leisten.

Ratsmitglied Schröer schloss sich den Vorrednern an und wies auf den guten Ausbildungsbetrieb hin. Ihr gefiel sehr der Nachhaltigkeitsbericht, aus dem hervorgehe, wie stark die Stadtholding gerade im energetischen Bereich bei der CO₂-Reduzierung bemüht ist.

Ratsmitglied Freiermuth sprach seinen Dank an die Stadtholding aus.

Ratsmitglied Silbernagel stimmte der Sitzungsvorlage zu. Es gäbe jedoch keine Garantie, dass es immer Jahresüberschüsse geben wird. Jedoch sei man froh, dass die Gesellschaften hier zusammengefügt sind. Er sprach seinen Dank an die Belegschaft und den Geschäftsführer aus.

Ratsmitglied Marquardt geht davon aus, dass nicht nur in der Stadtholding professionell gearbeitet wird. Ob man eine Stadtholding benötige, um ein Freibad zu verwalten und organisieren, kann man geteilter Meinung sein. Ebenso was den Betrieb einer Kindertagesstätte angehe. Professionell war für ihn die Umsetzung eines Gebäudes aus dem Konversionsgelände. Man sei dabei, das Gebäude sowie das Gelände herzurichten. Letztendlich handele es sich hier um ein Gelände, bei dem Steuergelder fließen. Und wenn dieses für eine Institution genutzt werde, die der Allgemeinheit zu Gute kommt, hält er das für eine gute Sache. Aus diesem Grund werden sie der Sitzungsvorlage zustimmen.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass der Vorteil der Stadtholding darin liege, dass die Ausschüttungen aus der Energie Südwest umgesetzt werden können. Aus diesem Grund sei es auch wichtig, dass bei der Stadtholding nicht nur verwaltet sondern kreativ mit den Geldern umgegangen wird.

Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister einstimmig in der Gesellschafterversammlung,

1. den Jahresabschluss 2011 der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit einer Bilanzsumme von EUR 27.018.848,73 und einem Jahresgewinn von EUR 1.443.211,24 festzustellen.

2. den Jahresgewinn wie folgt zu verwenden:



Vortrag des Jahresüberschusses in Höhe von 1.443.211,24 EUR auf neue Rechnung.

3. den Geschäftsführern Herrn Thomas Hirsch und Herrn Martin Messemer sowie dem Aufsichtsrat der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

4. Controllingbericht/Sachstandsbericht zur Stadtentwicklung Süd

Der Vorsitzende wies auf die Herausforderungen zur 1. Vermarktungstranche in der Cornichonstraße hin. Der Rechnungshof stellte die Ergebnisse des Gutachterausschusses in Frage. Er machte deutlich, dass die Stadt Landau in den letzten 26 Jahren die Herausforderung zur Konversion erfolgreich bewältigt habe. Sie wurden für dieses Vorgehen, welches sich in den letzten 26 Jahren nicht geändert hat, lobend hervorgehoben. Grundlage der Verkäufe, nicht nur bei den Konversionsmaßnahmen, sei der Gutachterausschuss. Bei dem Gutachterausschuss handele es sich um ein Fachgremium. Der Vorsitzende sei Diplomingenieur für Vermessungswesen mit Spezialrichtung Grundstückspreisermittlung. Die Mitglieder bestehen aus Bauingenieuren und im Bereich der Grundstücksveräußerungen tätige Menschen. Dieses Fachgremium kam zur Einschätzung und dann zum Ergebnis, welches den fachlichen Eindruck widerspiegelte. Die Gebäude in der Cornichonstraße wurden zu den gleichen Grundlagen veräußert, wie alle anderen auch. Maßstab war der Gutachterausschuss. Hier komme dann die Frage auf, wenn künftig das Ergebnis des Gutachterausschusses durch den Landesrechnungshof in Frage gestellt werde, wer dann die Bewertungen vornehmen werde. Zudem kamen die Erfahrungen der DSK und des Bauamtes hinzu. Es gab ein öffentliches Interessenbekundungsverfahren in der Rheinpfalz, FAZ, Süddeutschen Zeitung und in anderen bundesweit aufliegenden Presseorganen wurde auf die Vermarktung der Konversionsareale hingewiesen. 8 Personen haben Interesse bekundet. Das Interessensbekundungsverfahren war noch an ganz geringen Anforderungen bestimmt. So musste man z.B. nachweisen, dass man Firmenbesitzer ist und musste Referenzen vorweisen. All diese Dinge konnten in dem vorgegebenen Zeitraum erledigt werden. Von diesen 8 Interessenten haben sich dann 2 Firmen beworben. Eine pfälzische Firma bewarb sich um ein Grundstück im Westen und ein Landauer Unternehmen für alle anderen Grundstücke. Jedes einzelne Gebäude war aufgelistet und jede Firma hätte für die einzelnen Gebäude bieten können. Auch sprach er sich für Qualität aus, welche in die Verfahren eingehen.

Ein Bewerber schied aus, da er deutlich unter der Wertermittlung lag. Die Fa. Archimedes lag bei den restlichen Grundstücken über dem Wert. Diese Firma habe in Landau äußerst Positives für die Stadtentwicklung bewirkt. Er lasse es auch nicht zu, dass man Menschen, die in Landau wirtschaftlich tätig sind, schlecht redet und so tut, als ob sie sich mit Selbstbedienungsmentalitäten an dieser Stadt bereichern und bedienen können. Landau sei ein guter Wirtschaftsstandort und jeder habe Anspruch auf faire Behandlung. Was z.T. in der Stadt über Herrn Holch erzählt wird, sei nicht in Ordnung. Er verwahre sich gegen die Annahme, dass die Stadt zum Sonderangebot die Gebäude veräußern würde.

Da der Rechnungshof jedoch Zweifel hat, muss die Stadt diese ernst nehmen. Dieses kann er nicht umgehen, da er sich unter Umständen einem strafrechtlichen Vorwurf der Veruntreuung gegenüber der Stadt schuldig machen würde. Auch könnte es sein, dass die geschlossenen Verträge nichtig wären. Europarechtlich sei auch der Fakt der Beihilfe zu prüfen.

Am 12. September 2012, 11.00 Uhr werde ein Gespräch mit den Fachleuten des Rechnungshofes stattfinden.

Sollte der Kauf nicht zustande kommen, fehlen der Stadt in der Maßnahme Konversion „Wohnpark Am Ebenberg“ 3,5 Mio. Euro, welche eingeplant waren. Er hofft um eine Einigung im Gespräch am 12. September 2012.

Ganz wichtig sei, dass es bei den Verkäufen um die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Landau geht. Mit großer Mehrheit war man sich im Stadtrat einig, dass es um die Aufwertung eines Stadtviertels geht. Aus diesem Grund bat er die Ratsmitglieder, dies nicht zerreden zu lassen. Er sei sich ganz sicher, dass am 17. April 2014 alle Hürden übersprungen werden und die Landesgartenschau ein phantastisches Ereignis sein wird.

Er sprach seinen herzlichen Dank aus an alle, die auf der politischen Ebene und in der Verwaltung damit tätig sind und das in den letzten Monaten klaglos geschultert haben.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron machte deutlich, dass man sich in den Ausschüssen und im Stadtrat die Entscheidung zur Veräußerung an das Unternehmen Archimedes nicht leicht gemacht habe. Es gab



Pro und Contra bezüglich der Größe der Vermarktungstranche. Jedoch in der Summe aller Argumente habe man die richtige Entscheidung getroffen. Auch aus dem Grund, da es Teil eines durchdachten und ein vom Rat getragenes Konzept zur Entwicklung des Wohnparks Am Ebenberg ist, eingebettet in die Landesgartenschau. Jetzt wurde der Rechnungshof eingeschaltet. Und was sich nun abzeichnet, treffe den Rat bis ins Mark, da man sich um einen zeitlich gut getakteten Ablauf bemüht habe, welcher nun vom Rechnungshof torpediert wird. Man sollte an die Vernunft und Einsicht aller Beteiligten appellieren, dass auch mehr zerstört, als gut gemacht werden kann. Dies sollte auch der Rechnungshof einsehen. Man müsse sich schon gut überlegen, ob und wo man ein volles Weinfass anbohrt, um Qualität zu überprüfen. Er hoffe, dass es einen Ausweg aus dem sich abzeichnenden Dilemma gibt. An der Mehrheit des Stadtrates werde dies sicherlich nicht scheitern. Sie wollen eine erfolgreiche Stadtentwicklung und eine erfolgreiche Landesgartenschau und die Alternative wäre zum Schaden aller Landauer und der gesamten Stadt.

Ratsmitglied Morio möchte sich zu einem laufenden Verfahren nicht äußern. Er war jedoch verwundert über die Einwände des Landesrechnungshofes gegen den Gutachterausschuss. Der Gutachterausschuss gelte allgemein als seriöser Ausschuss. Von daher hofft er, dass der ganze Schuss vom Landesrechnungshof nicht nach hinten losgeht, sondern dass das Gespräch am 12. September 2012 von Erfolg gekrönt sein wird.

Ratsmitglied Schröer hält die ganze Situation, gerade im Hinblick auf die Planung der Landesgartenschau, als besorgniserregend. Sie hoffen, dass alles gut gehen wird, tragen es mit und schließen sich den Vorrednern an.

Ratsmitglied Freiermuth hält den Landesrechnungshof für eine gute Einrichtung, jedoch sei er in diesem Fall auf beiden Augen blind. In der Vergangenheit war beim Gebäude 041 die Firma Archimedes außen vor, obwohl über ihre Pläne heftig diskutiert wurde. Beim Gebäude 010 kamen sie ebenfalls nicht zum Zug. Bei dem jetzigen Fall war er der höchste Bieter. Was man ebenfalls nicht aus den Augen lassen sollte, ist der Ifo-Index, welcher zum vierten Mal in Folge gefallen sei. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung weiter runter gehen sollte, könnte es für manchen Investor mit der Vermarktung nicht ganz so einfach sein.

Ratsmitglied Silbernagel ist auch der Meinung, dass die Abläufe gestimmt haben. Das Ergebnis des Gutachterausschusses war reell und richtig. Dass dies nun so gelaufen ist, ist dem Investor gegenüber mehr als peinlich. Große Hoffnung legen sie darauf, dass bei dem Termin am 12. September 2012 sich alles wieder zum Guten gewendet wird.

Ratsmitglied Marquardt wies darauf hin, dass er die Einzelaufstellung der Grundstücke und Parzellen nie gesehen habe. Er möchte auf den eigentlichen Controllingbericht eingehen, in dem noch eine recht hohe Belastung für den Erhalt der alten Bestandsgebäude im künftigen Haushalt auf die Stadt zukomme. Es geht um 700.000,-- €. Wichtig sei, dass das Gremium nochmals Preise festlegt, dass man allumfassend informiert wird, dass der Rat beispielsweise auch weiß, dass Gebäudeerhalt Geld kostet und dass diese Gelder irgendwo bereitgehalten werden müssen. Es gehe ihm nicht nur um Grundstücke, sondern um den sog. Erhalt von Bestandsgebäuden. Die Informationsvorlage nimmt er zur Kenntnis, jedoch nicht zustimmend.

Ratsmitglied Dr. Migl wies darauf hin, dass der Landesrechnungshof eine übergeordnete Stelle sei. Der Landesrechnungshof war in letzter Zeit mehrfach in Landau tätig und werde immer als sehr lästig dargestellt. Von einigen Ratsmitgliedern sei sie enttäuscht, die nicht bereit sind, die Entscheidung so hinzunehmen. Die UBFL-Stadtratsfraktion stehe dazu, dass sie den Anstoß zur Überprüfung gegeben hat. Sie haben auch da ein Gewissen und dieses Gewissen schlägt wohl anders, wie das Gewissen der anderen Ratsmitglieder.

Der Vorsitzende machte nochmals deutlich, dass bei denkmalgeschützten Gebäuden die paradoxe Situation entstehen kann, dass ein Gebäude einen Minuswert aufweist, da die Aufwendungen für ein



solches Gebäude für Denkmalschutzbelange so hoch sind, dass dieses am Ende bezuschusst werden muss, um einen wirtschaftlichen Ertrag zu ermitteln.

Was Herr Marquardt zum Controllingbericht angesprochen hat, so war dies eine Entscheidung des Stadtrates. Von Seiten der Verwaltung und nach Verhandlung mit dem Bund, habe man sich für eine Anzahl von Gebäuden entschieden, die man als erhaltungswürdig ansah. Der Rat war jedoch der Auffassung, dass mehr Gebäude erhaltungswürdig sind. Da hiermit Mehrwert geschaffen wurde, kann es sein, dass nochmals nachgeleistet werden muss. Von Seiten der Verwaltung wurde darauf hingewiesen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron kritisierte die Aussage von Ratsmitglied Dr. Migl zum Gewissen der anderen Ratsmitglieder. Seiner Ansicht nach macht der Rat seine Arbeit mit bestem Wissen und Gewissen. Er bat darum, nicht mit einer Differenzierung zwischen Ratsmitgliedern mit guten Gewissen und anderen, die es nicht haben dürfen, anzufangen. Man sollte auf einem sachlichen Level die Arbeit tun und nicht mit solchen Dingen anfangen. Er appellierte an Ratsmitglied Dr. Migl, diese Aussage zurückzunehmen.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass in der nichtöffentlichen Sitzung die UBFL-Fraktion wegen des Anstoßes an den Pranger gestellt wurde. Dies halte sie ebenfalls nicht für fair und gut. Jede Fraktion habe ihre Rechte, ihre Arbeit so zu gestalten, wie sie es für richtig hält.

Der Vorsitzende machte klar, dass jedes Ratsmitglied das Recht habe, das zu tun, was er tun muss. In einer offenen Gesellschaft, kann jeder die Möglichkeit nutzen, die er hat.

Ratsmitglied Heuberger findet es gut, dass Sachverhalte vorher geprüft werden. So kann hinterher niemand etwas sagen. Die UBFL habe jetzt ihren Auftritt und wenn nun alles geklärt ist, habe man freie Fahrt, weiß dass man richtig handelt und sich nicht strafbar macht.

Ratsmitglied Marquardt möchte wissen, warum bei der Grundstücksvermarktung eine Fläche zurückgegeben wurde. Im Controllingbericht stehe nun, dass diese Fläche erst ab dem Jahr 2015 angeboten wird. Er möchte wissen, weshalb erst so spät.

Herr Kamplade, Stadtbauamt, informierte, dass es sich hier um die Musterhausbebauung der Sparkasse handelt. Eine Entwicklung während der Landesgartenschau sei nicht möglich. An diesem prädestinierten 1A-Standort möchten sie ein offenes und gerechtes Verfahren zur Ausschreibung nach Qualitätsstandart durchführen.

Ratsmitglied Marquardt findet, dass das Grundstück zügig vermarktet werden sollte, damit Gelder, die investiert wurden, zurückfließen. Ob dieses dann vor der Landesgartenschau bebaut ist, sei wieder ein anderes Thema.

Der Vorsitzende erklärte, dass es kein Problem sei, dass vor der Landesgartenschau mit Qualitätsansprüchen gebaut werden kann. Jedoch sollen während der Landesgartenschau keine Baustellen auf dem Gelände sein. Die entstehenden Neubauten, sollen von der energetischen und architektonischen Wirkung mustergültig sein.

Ratsmitglied Brunner machte darauf aufmerksam, dass, abgesehen von der Landesgartenschau, der Rat mehrheitlich oder einstimmig der Meinung war, dass dieses Gelände in kleinen Tranchen nach und nach entwickelt wird, um einer Überschwemmung entgegen zu wirken. Aus diesem Grund kann sie die ganze Diskussion jetzt nicht verstehen.

Außer der UBFL-Stadtratsfraktion nimmt der Stadtrat die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.



Der Vorsitzende gab das Wort an Herrn Schmauder, Geschäftsführer der Landesgartenschau.

Herr Schmauder ist froh, dass der Landesrechnungshof zu diesem Zeitpunkt geprüft hat. Allerdings erwarte er eine entsprechende Kompetenz bei der Prüfung.

Zu dem Ermittlungsverfahren in Trier berichtete er, dass dieses auf einer Strafanzeige eines Mitarbeiters des Rechnungsprüfungsamtes beruht. Das Ermittlungsverfahren lief gegen 8 Personen. Gegen 7 Personen, unter anderem auch gegen ihn, wurde dieses Verfahren mangels Tatbestand eingestellt. Trier sei für ihn abgeschlossen und er um einige Erfahrungen reicher.

In Bingen gehe es um einen abgeschlossenen Sponsoringvertrag, dem der Aufsichtsrat zugestimmt hatte. Bis heute erhielt er keine Akteneinsicht, deshalb klagte er dies ein. Was ihn nun verwundert ist, dass der Oberstaatsanwalt die Medien eingeschaltet hat. Aus diesem Grund hat er bis heute keinen Sponsoringvertrag bei der Landesgartenschau GgmbH unterschrieben. Dies werde umfangreich geprüft und er wird dem Aufsichtsrat in der Sitzung am 13. September 2012 entsprechend berichten. Sie haben einen Verhaltenskodex, aufstellen lassen, wie man mit Sponsoring umgeht. Die Landesgartenschau, wie auch andere Veranstaltungen bundesweit, können ohne Sponsoring, ohne Liefervereinbarungen existieren. Sie sind auf die Einnahmen angewiesen. Vorweg lässt er das Vergaberecht sowie aus der Sicht des Strafrechtes alles prüfen, um sein eigenes Tableau zu schützen, seine Mitarbeiter und letztendlich auch die Ratsmitglieder sowie die Aufsichtsratsmitglieder.

Schade fand er die Prüfung durch den Landesrechnungshof. Man muss sich da schon fragen, ob es um eine kompetente Prüfung geht, ob es um eine Prüfung zur Verbesserung geht oder ob es darum geht, ein Projekt an die Wand zu fahren.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Herrn Schmauder. Sein Engagement sei hervorragend und er leiste gute Arbeit.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Einführung des elektronischen Personenstandsregisters und des Sicherungsregisters

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 31. Juli 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat stimmt einstimmig zu, dass die Stadt Landau in der Pfalz die hoheitliche Aufgabe „Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters und des Sicherungsregisters sowie Betrieb des elektronischen Nachrichtenverkehrs“ ab 1. Oktober 2012 entsprechend der beigelegten Zweckvereinbarung auf den Zweckverband für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (ZIDKOR) überträgt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Änderung der Friedhofssatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 06. Juni 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Joritz, Amt für Recht und öffentliche Ordnung, erläuterte nochmals die beiden Änderungen. Zum einen gehe es um den Schwerpunkt Queichheim und zum anderen um den Memoriangarten.

Ratsmitglied Scheid bedankte sich bei Herrn Joritz für die gute Mitarbeit im Ortsbeirat. Kompetent und sofort habe er versucht, die Einwände der Ortsbeiratsmitglieder mit einzubauen. Mit dieser Änderung sei man in Queichheim ein Stück weiter gekommen.

Ratsmitglied Doll schloss sich den Äußerungen an. Sie seien froh, dass mit diesen Änderungen wieder Ruhe im Ortsbeirat eingekehrt ist. Die zahlreichen Änderungswünsche von Seiten des Ortsbeirates wurden gleich mit in den Entwurf aufgenommen. Es war ein langer Weg, mit dem man nun die große Mehrheit der Queichheimer Bürgerinnen und Bürger leben kann. Dass nicht alle überzeugt werden können, gehöre zu einer funktionierenden Demokratie. Sein Dank geht an Herrn Blumer und Herrn Joritz, welche fachlich und rechtlich zum Gelingen dieses Entwurfs zur Friedhofssatzung in Queichheim beigetragen haben.

Ratsmitglied Marquardt wies darauf hin, dass die Bodenverhältnisse nicht nur in Queichheim sondern auch auf dem Hauptfriedhof gegeben sind. Sie waren der Auffassung, dass die Grundwasserverhältnisse, die zu diesen Problemen geführt haben, bewältigt werden können, indem man künftig darauf verzichte, dass Bestattungen doppelt tief durchgeführt werden. Dass bei einfach tiefen Neubelegungen nun auch mit Grabhülle bestattet werden soll, kann er nicht zustimmen. Die Gutachten, die dieser Sitzungsvorlage zugrunde liegen sollen, sind teilweise aus dem Jahr 2001. Die Boden- und Wasserverhältnisse haben sich verändert. Des Weiteren wollte man mit den Grundwassersonden aktuell die Pegelstände des Grundwassers ermitteln. Über das Ergebnis dieser Untersuchung wurden sie nie informiert, so dass er davon ausgeht, dass die Pegel zu keinem Ergebnis geführt haben. Der Hauptgrund für seine Ablehnung bestehe darin, dass für viele Menschen Grabhüllenbestattungen aus Glaubensgründen keine Erdbestattung darstellen.

Der Vorsitzende wies Ratsmitglied Marquardt darauf hin, dass er Feststellungen ignoriert und Behauptungen aufstellt, welche nicht stimmen. Es sei nachweisbar, dass Wachsleichen in Queichheim gefunden wurden, auf dem Hauptfriedhof jedoch nicht.

Herr Joritz ergänzte, dass die tatsächlichen Feststellungen aufgrund der Gutachten gegeben sind und durch das OVG 2011 bestätigt wurden. Was jedoch nicht richtig sei, dass in Queichheim die Bürger darauf verwiesen werden, eine Grabhülle zu benutzen. Die Gremien haben beschlossen, dass in Queichheim nochmals ein Feld ertüchtigt werden soll, so dass ganz normale Bestattungen möglich sind. Mit einem hohen Kostenaufwand, für den alle in der Stadt mithaften.

Ratsmitglied Scheid möchte auch noch ergänzen, dass auf dem Hauptfeld durch die Ergänzungspunkte in der Satzung so geändert wurde, dass bei einem bestehenden Nutzungsrecht einfachtiefe Bestattungen ohne Grabhülle möglich sind. Dies war im Ortsbeirat der Hauptpunkt, auf den sie großen Wert legten, welcher dann auch in der Satzung geändert wurde.

Der Stadtrat beschließt mit 37 Ja- und 2 Gegenstimmen den als Anlage beigelegten Entwurf einer Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Landau in der Pfalz als Satzung.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Integrationskonzept der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Sozialamtes vom 02. August 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es gehe um die weitere Durchführung des Konzeptes. Dieses werde fortgesetzt und man arbeite an der Integration in der Stadt weiter. Landau sei eine Stadt, die Menschen aufnimmt, in der Integration gelebt wird und sich die Menschen wohl fühlen.

Herr Tas, Vorsitzender des Beirates für Migration und Integration unterstützte die Aussage des Vorsitzenden. Der Beirat arbeite am Integrationskonzept mit. Sie sind erst am Anfang und haben noch viel vor.

Ratsmitglied Dr. Migl regte an, dass sie das Thema „Wohnen in Landau“ für den weiteren Prozess mit aufnehmen. Es sollte geprüft werden, ob hierfür noch eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden kann.

Ratsmitglied Silbernagel möchte zu Punkt 6.1.4 „Sprachförderung von Schulkindern mit geringen bzw. keinen Deutschkenntnissen“ wissen, warum der Integrationsbeauftragte der Landesregierung sich trotz Erinnerungen bis jetzt noch nicht gemeldet hat.

Herr Malo, Sozialamt, erklärte, dass es ein sehr komplizierter Prozess sei. Sie bleiben an der Sache dran.

Der Stadtrat nimmt die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Teilnahme am "Audit Familiengerechte Kommune"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 02. August 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schwarzmüller weist auf die Wohnsituation in der Xylanderstraße hin. Hier sieht sie Handlungsbedarf.

Der Stadtrat stimmt einstimmig der Teilnahme am Audit „Familiengerechte Kommune“ zu und beauftragt die Verwaltung eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit dem Verein „Familiengerechte Kommune e.V.“ abzuschließen. Der finanzielle Aufwand für das Audit in Höhe von rund 21.000 Euro wird von der Fix-Stiftung Landau erstattet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan ND7 "Photovoltaikanlage" der Stadt Landau in der Pfalz;
Satzungsbeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 22. Mai 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat stimmt einstimmig zu:

1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan ND7 „Photovoltaikanlage“, dargelegt in den als Anlagen 3 beigelegten Synopse, abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1, 2 und § 4a Abs. 3 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan ND7 „Photovoltaikanlage“, dargelegt in den als Anlage 2, 4 und 5 beigelegten Synopsen, abgewogen. Die Synopsen sind Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan ND7 „Photovoltaikanlage“ einschließlich der Vorhabenplanung (Anlage 1) der Stadt Landau in der Pfalz wird in der Fassung vom 23.05.2012 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt (§ 12 BauGB, § 10 BauGB und § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 88 LBauO).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Erhebung von Teilausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung in der Kirchstraße und Am Kindergarten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Bauverwaltung vom 19. Juni 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Pfaffmann erklärte, dass die FDP-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage nicht zustimmen wird, da die Bescheide schon längst bezahlt waren und nach dem heutigen Stand die Anwohner falsch informiert wurden. Ihrer Meinung nach hätte die Verwaltung wissen müssen, dass dieses Problem entstehen könnte. Ohne eine Befragung wurden mehrere Anschlüsse verlegt, die man ohne weiteres hätte zusammenlegen können. Für einen großen Teil der Anlieger sei die neue Situation nicht zu schultern.

Herr Kaiser, Bauverwaltungsabteilung, erklärte, dass nach Aussage des Richters in diesem Fall die Straße wegen des Schrammbords geteilt werden musste. Zu 90 Prozent liegen sie mit ihren Entscheidungen richtig, in diesem Fall waren sie leider machtlos. Da sie hier erheben müssen, wurden die Bescheide im Kohlwoog aufgehoben und die Nachveranlagung bei den anderen Bürgern durchgeführt. Bei Zahlungsproblemen bieten sie Stundungen und Ratenzahlung an.

Der Vorsitzende hat großes Vertrauen an Herrn Kaiser und seine Mitarbeiter. Sie machen ihre Aufgabe verantwortungsvoll.

Der Stadtrat stimmt mit 35 Ja- und 4 Gegenstimmen zu:

1. Die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung ist als beitragspflichtige Teileinrichtung für die Verkehrsanlage Am Kindergarten und Kirchstraße (Teilstück von der Einmündung „Kohlwoog“ bis zur Einmündung „Am Kindergarten“) abzurechnen.
2. Aufgrund der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung einmaliger Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen sowie der §§ 2, 7 und 10 des Kommunalabgabengesetzes von Rheinland-Pfalz wird für die Erhebung von Ausbaubeiträgen folgendes Abrechnungsgebiet festgelegt und der Anteil, den die Stadt Landau in der Pfalz übernimmt, wie folgt festgesetzt:

Verkehrsanlage Am Kindergarten und Kirchstraße (Teilstück von der Einmündung „Kohlwoog“ bis zur Einmündung „Am Kindergarten“) wie im beigelegten Lageplanausschnitt gekennzeichnet.

Der Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen wird auf 35 v.H. festgesetzt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

- 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung für verschiedene Straßen in Landau in der Pfalz**
- 2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauaufwand**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Bauverwaltung vom 03. Juli 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron nahm wegen Befangenheit an Abstimmung nicht teil.

Der Stadtrat stimmt einstimmig zu, dass die Straßenoberflächenentwässerung als beitragspflichtige Teileinrichtung in den folgenden Straßen bzw. Verkehrsanlagen abzurechnen ist. Der Stadtanteil wird, wie nachstehend ausgewiesen, festgesetzt:

Straßen/Verkehrsanlagen	Stadtanteil
1. An 44 (Teilstück von der Einmündung Nordring bis zur Queichbrücke)	35 %
2. August-Becker-Weg	25 %
3. Berwartsteinstraße	35 %
4. Im Steingebiß	30 %
5. Dresdener Straße	35 %
6. Fahrweg an der Dresdener Straße (Fl.Nr. 4667/239)	25 %
7. Kölner Straße	25 %
8. Berliner Straße (Teilstück Fl.Nr. 4667/318)	25 %
9. Leipziger Straße	25 %

Die Verkehrsanlagen sind in den beiliegenden Lageplänen Nrn. 1-9 dargestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion; Sporthallensituation

Zur Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zum Thema Sporthallensituation wies der Vorsitzende auf die ausgeteilte schriftliche Ausarbeitung der Verwaltung hin. Der Haushalt und die Finanzplanung 2013 wurden im Stadtvorstand beraten. Hier war die Situation der Sporthallen ein Thema. Beim Treffen mit der Fraktionsspitze werde man überlegen, wie es weiter geht. Beschlusslage war, dass mit dem Land Verhandlungen in Richtung einer 2-Feld-Halle bei der Berufsbildenden Schule geführt werden. Offen war und bleibt auch, was mit der Rundsporthalle geschieht.

Herr Götz informierte, dass sie sich mit dem Land in einem sog. Planungs- und Finanzierungsgespräch befinden. Sie erhielten die Aussage, dass bei der Berufsbildenden Schule die Planungen laufen und sie in der nächsten Zeit die Planungs- und Finanzierungsunterlagen erhalten. Grundsätzlich bleibt die Rundsporthalle im Förderprogramm. Hierfür komme die Schulbauförderung jedoch nicht in Betracht, da es sich um eine Sanierungsmaßnahme handelt. Bei einem Neubau wären beide Formen wieder offen. Der goldene Plan für die Jahre 2012 und 2013 sei bereits ausgeschöpft. Da liegen über Gebühr Anträge vor, so dass hier an Zuschüssen nichts geleistet werden könnte.

Was die Rückforderungsrate betrifft, so besteht eine Zweckbindungsfrist von 25 Jahren seit der Verwendung der Mittel. Die Zweckbindungsfrist seit der Errichtung der Rundsporthalle sei abgelaufen, jedoch nicht seit den letzten beiden Zuschüssen. Dies bedeutet, dass eine Gesamtlast von 252.945,-- € zu schultern wäre.

Um sagen zu können wann und in welcher Höhe mit einer Landesförderung für die Anlage eines Kunstrasenplatzes, ob auf dem bestehenden Jahnsportplatz oder in unmittelbarer Nähe, gerechnet werden kann, muss zuerst ein Antrag beim Land gestellt werden. Es werden hierfür ein Haushaltsansatz und eine kommunalaufsichtliche Stellungnahme benötigt und es muss ein Förderantrag gestellt werden. Dann kann man erst sagen, was möglich wäre.

Eine Untersuchung über die tatsächliche Belegung der Landauer Sporthallen und den Bedarf und den Standort für weitere Sporthallenkapazitäten in Landau könnte durch den Sportbund, ähnlich wie in Neustadt, durchgeführt werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 25.000,-- bis 30.000,-- €. Der Sportbund wies ausdrücklich darauf hin, dass sie eine Standortuntersuchung für geplante Sportstätten nicht darstellen können.

Ratsmitglied Lerch wies darauf hin, dass die offenen Fragen nach wie vor immer noch im Raum stehen. Er bat um Verständnis, dass eine solche Entscheidung nicht getroffen werden kann, wenn nicht bekannt ist, ob bei einem Abriss der Rundsporthalle die Sanierung bezuschusst werden kann oder wie viel Zuschuss man bei einem Neubau erhält. Es sei verwunderlich, dass sie mit wenigen Fakten eine solche Entscheidung treffen sollen. Hierzu hätte er sich mehr Feedback aus Mainz gewünscht.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Verschiedenes

- Ratsmitglied Doll informierte über die Angst von Queichheimer Bürgern, dass der Kreisel, welcher auf Queichheimer Gebiet errichtet werden soll, bis zur Landesgartenschau nicht fertig werden könnte. Er möchte wissen, ob es hierzu neue Erkenntnisse gibt, bzw. welche Ausweichmöglichkeiten geschaffen werden.

Der Vorsitzende berichtete, dass der Kreisel bis zur Landesgartenschau nicht fertig gestellt sein wird. Es muss mit einem Provisorium gearbeitet werden. Eine Fertigstellung sei erst nach der Landesgartenschau möglich.

Herr Kamplade hofft, dass sie bis zum nächsten Bauausschuss klare Aussagen treffen können.

- Ratsmitglied Dr. Migl wurde mitgeteilt, dass der naturkundlichen Station auf dem Ebenberg gekündigt wurde. Sie möchte wissen, ob die Stadt daran beteiligt war oder über die Hintergründe informiert wurde.

Beigeordneter Klemm erklärte, dass die Universität hierfür zuständig sei. Bezüglich des illegalen Bewohners hat sie für klare Verhältnisse gesorgt. Auch möchte sie, ebenso wie die DPU, keine naturkundliche Station mitten auf dem Gelände. Die Stadt sei nicht beteiligt.

- Ratsmitglied Schwarzmüller berichtet, dass das Otto-Hahn-Gymnasium eine rauchfreie Schule ist und auf dem Gelände nicht geraucht werden darf. Nun werde der Platz am Schleusentor von Schülern durch Zigarettenstummel stark verschmutzt. Auf dem Platz befindet sich auch kein Mülleimer.

Dem Vorsitzenden ist die Problematik bekannt. Er wird den Schulleiter anrufen und darauf hinweisen, dass die Zigarettenstummel mitgenommen werden sollen.

- Ratsmitglied Scheid möchte wissen, ob der Verwaltung bekannt ist, dass die Integrierte Gesamtschule einen Umbau des Schulhofes plant.

Der Vorsitzende weiß darüber Bescheid und hat der Schulleitung mitgeteilt, dass dies so nicht geht. In den nächsten Jahren bestehe noch ein großer Sanierungsaufwand im Bereich der Schulen. Die Schulen wurden in einen guten Zustand gebracht und im Bauaufwand ist man ständig in der Situation, dass man in 20 Jahren mit Generalsanierung nicht wieder anfangen kann. Die Schulhöfe wurden saniert und asphaltiert, wurden aber dem Grunde nach belassen. Mit Blick auf die allgemeine Situation der Stadt muss dafür Sorge getragen werden, dass durch einen solchen Umbau eine weiterführende Schule für den anfallenden Unterhalt nachhaltig und langfristig selbst bzw. der Förderverein aufkommt. Dem Schulleiter habe er mitgeteilt, dass sie sich klarmachen sollen, was sie einem Förderverein in 10 oder 15 Jahren antun. Eine gemeinsame Erklärung zwischen dem Gebäudemanagement, dem Schulverwaltungsamt, dem Förderverein sowie dem Schulleiter wird erstellt. Die Nachbarn haben sich beschwert. Die nachbarrechtlichen Belange werden vom Stadtbauamt geprüft. Wegen des sog. Bolzplatzes erhalten sie gerade aus Queichheim massive Beschwerden der Anwohner. Aus diesem Grund befürchten sie, dass Folgeprobleme auftreten. Und diesem Problem müssen sich der Schulleiter und der Förderverein stellen.

Ratsmitglied Doll berichtete, dass er bereits mit den Anwohnern in Kontakt steht. Er werde mit dem Schulleiter ein Gespräch führen und hofft, dass man dies regeln kann. Auch aufgrund seiner



Aussage, dass er auf die Wünsche der Anwohner eingehen wird, was jedoch bisher noch nicht gemacht wurde.

- Beigeordneter Klemm wies auf die Aktion Radfahren der Kommunalpolitiker mit den Bürgern hin und bat um rege Teilnahme. Die Anmeldung kann online oder bei ihm bzw. Frau Liebel von der Grünflächenabteilung erfolgen.



Die Niederschrift über die 29. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 28. August 2012 umfasst 25 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 352.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Vorsitzender

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Stefanie Schuster
Schriftführerin

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete